

Imran Khan und Pakistans Hardliner

Die Perspektive ist bestenfalls vage

Madiha Afzal

Bevor Imran Khan Pakistans Premierminister wurde, war er nicht bekannt dafür, sich den Hardlinern im Land entgegenzustellen. Eher wiederholte er als Oppositionspolitiker ihre Narrative, wenn es für ihn politisch opportun schien. Auf dem Höhepunkt des Aufstands der *Tehreek-e-Taliban Pakistan* (TTP) gegen den pakistanischen Staat von 2012 bis 2014 sinnierte er, dass die TTP Terroranschläge verübe, um gegen die fehlgeleitete Allianz des pakistanischen Staates mit den Vereinigten Staaten im Krieg in Afghanistan zu protestieren. Kann so jemand für eine Reformpolitik eintreten? Obwohl die Autorin ihre Auswertung bereits im November 2018 vornahm, wenige Monate nach Khans Amtsantritt, hat sie bis heute gültige Grundmuster aufdecken können.

Immerhin bezog Imran Khan bis November 2018 als Premierminister zweimal Stellung, wenngleich er sich rasch wieder abduckte. Seine größte Bedrohung ist die TLP (*Tehreek-e-Labbaik Pakistan*), die eine kompromisslose Umsetzung der strengen Blasphemiegesetze in Pakistan propagiert. Aus dieser Haltung bezieht die Partei ihre Macht. Zwar gewann die TLP im Juli 2018 keinen Sitz in der pakistanischen Nationalversammlung, übt aber eine enorme Macht auf der Straße aus (siehe Heft 4-2018).

Große Entscheidung, großer Schritt zurück

Die TLP hatte 2016 durch ihre Proteste gegen die Hinrichtung von Mumtaz Qadri erstmals Bedeutung erlangt. Der Mann, der 2011 den Gouverneur des Punjab, Salmaan Taseer, ermordet hatte. Taseer hatte die Christin Asia Bibi unterstützt, die wegen Blasphemie in der Todeszelle saß. Ende Oktober 2018 hatte der Oberste Gerichtshof Pakistans (125402296 *Supreme Court*) in einer monumentalen Entscheidung die Todesstrafe für Asia Bibi aufgehoben und sie vom Vorwurf der Blasphemie

freigesprochen.¹ Laut 125402297 *Supreme Court* basierte die Verurteilung durch vorhergehende Gerichte auf einem „richtiggehenden Gebräu“ (*concoction incarnate*) an unbewiesenen Behauptungen. Daraufhin bedrohte die TLP alle Teile der Regierung. Sie drängte Armeeoffiziere, sich gegen den Chef des Generalstabs Qamar Bajwa zu erheben. Die TLP erklärte die Richter des 125402299 *Supreme Courts* für vogelfrei (*wajib-ul-qatl* – würdig, getötet zu werden). Sie denunzierte den Premierminister, Imran Khan, begleitet durch Proteste auf der Straße, brennende Reifen, verbeulte Autos und zerstörtes Eigentum.

In der Nacht der Unruhen hielt Premierminister Khan eine landesweit im Fernsehen übertragene Rede. Er verteidigte das Urteil aus islamischer Sicht und als konform mit der Verfassung. Angesichts der Gegenreaktion eine bemerkenswerte Stellungnahme. Khan führte aus, dass die Demonstranten Maßnahmen ergreifen hätten, die den Interessen Pakistans zuwiderliefen und den Lebensgrundlagen der Menschen schaden würden. Seine Hauptaufgabe sei es aber, das Leben der Pakistani zu ver-

bessern. Seine Regierung werde gegen die Demonstranten vorgehen, wenn sie den Frieden weiter störten. Gleichzeitig zitierte er eine Klausel in der Verfassung, dass kein islamfeindliches Gesetz eingeführt werden soll, und dass das Strafgesetzbuch Blasphemie mit dem Tode bestrafe. Da Pakistans Bevölkerung diese Gesetze verinnerlicht hat, war es die richtige Rede, obwohl sie für einen Außenstehenden vielleicht übermäßig religiös klang.

Danach reiste Khan zu einer Konferenz in China, um über Investitionen und Kredite zu verhandeln, um Pakistan aus seiner Wirtschaftskrise zu befreien. Da Khan gleichzeitig Innenminister ist, lag die Bewahrung der öffentlichen Ordnung in den Händen von weniger prominenten Ministern. Rasch distanzierte sich die Armee vom Urteil, wie schon 2017. Damals hatte die TLP wochenlang gegen eine geringfügige Änderung des Eides im Parlament protestiert. Die TLP sah die islamische Kernüberzeugung berührt, dass der Prophet Mohammed der letzte Prophet ist. Damals wurde der Armee unterstellt, ihre Weigerung, gegen den TLP-Protest vorzugehen, richte

sich eigentlich gegen die damals regierende Muslimliga *Pakistan Muslim League-Nawaz* (PML-N). Diese hatte versucht, gegen die Armee die zivile Vorherrschaft in der Machtausübung durchzusetzen. Im November 2018 wusch die Armee ihre Hände in Unschuld und hielt sich raus, während sie gegen Proteste von Bloggern, Paschtunen oder Journalist(inne)n ungleich härter durchgegriffen hätte.

Angesichts der heftigen Demonstrationen unterzeichnete die Regierung innerhalb von zwei Tagen einen Vertrag mit den Protestierenden und gab der zentralen Forderung nach, dass Asia Bibi das Land nicht verlassen dürfe.² Die liberalen Kräfte, die sich hinter Khan versammelt hatten, wandten sich ab. Die Regierungskräfte begannen zwar nach dem Ende der Demonstrationen, Sachbeschädigungen und Gewalt zu registrieren und Ermittlungen einzuleiten. Es blieb aber in Erinnerung, dass dem Ende des gewaltsamen Protests die Beschwichtigung vorausgegangen war – ein schlechter Präzedenzfall.

Appeasement in Zyklen

In einem mutigen Schritt ernannte Khan zu Beginn seiner Amtszeit den Princeton-Professor Atif Mian zum Mitglied seines Wirtschaftsbeirats. Atif Mian ist Angehöriger der Ahmadiyya, einer religiösen Minderheit, die von der Verfassung als nicht-muslimisch eingestuft und verfolgt wird. Die TLP und andere Islamisten begannen eine Hetzkampagne gegen Mian. Khan bat daraufhin den Professor um seinen Rücktritt. Aus Protest verließen daraufhin auch Asim Ijaz Khwaja und Imran Rasul den Wirtschaftsrat. Auf der ganzen Welt waren Ökonomen entsetzt über dieses Vorgehen. Die gleichen Ökonomen, die ihre Regierungen beraten, wie sie mit Ländern wie Pakistan umgehen sollen. Das ursprünglich funkelnde Image des Wirtschaftsrates war dahin. Es war

nicht die einzige Achterbahnfahrt für Liberale. Imran Khan wurde als „Mr. U-Turn“ verspottet.³

Khans Vorgehen und anschließende Beschwichtigung ähneln einem Muster, das auch in anderen Zusammenhängen zutage trat. Die Anhänger/innen Khans behaupten, dass seine Regierung keine andere Wahl hatte, als zu beschwichtigen. Sie erinnern an das Blutvergießen nach dem Überfall des ehemaligen Präsidenten Pervez Musharraf auf die von Militanten besuchte Rote Moschee im Jahr 2007. Damals starben in der Religionsschule 50 *Madrassa*-Schüler/innen bei einem Angriff der Sicherheitskräfte. Die Gegenreaktion auf den Angriff bestand im Aufstand der pakistanischen Taliban.

Polizei und Streitkräfte in Pakistan können mit der Ideologie des TLP gut leben. Laut einer Umfrage des Forschungsinstituts *PEW Research Center* in Washington aus dem Jahr 2011 sagten 75 Prozent der Pakistani, dass Pakistans Blasphemiegesetz notwendig sind, um den Islam in Pakistan zu schützen. Der gleiche Prozentsatz glaubt, unabhängig vom Bildungsniveau der Befragten, dass der Abfall vom Glauben mit dem Tod bestraft werden sollte.

In einem solchen Umfeld, das seit Jahrzehnten den Staat geformt hat, hat es jede Regierung schwer, hergebrachte Reaktionsmuster zu verlassen. Die Regierung fürchtet das Chaos auf den Straßen und die Macht der Mullahs. Sie meint, beschwichtigen zu müssen, um die politische Unterstützung der Bevölkerung nicht zu verlieren. Pakistans Politik zahlt dafür einen hohen Preis: wenig widerstreitende Mainstream-Parteien, fundamental-islamistische Parteien und ein allmächtiges Militär. Die jeweilige Opposition passt sich an.

Imran Khan ist kein Hardliner, aber auch keiner, der für Wandel steht. Bislang hatte er nicht den Mut,

standhaft zu bleiben, um sich gegen die Hardliner zu behaupten. Er musste diese Fähigkeit allerdings entwickeln, damit Pakistan die Chance erhält, aus dem Muster des islamistischen Eingriffs in Entscheidungen der Regierung ausbrechen zu können. Dennoch ist der Ausgang der Proteste im Jahr 2018 anders als 2016 oder 2017. Damals kapitulierte der Staat schlicht vor der TLP. Khans Verteidigung des Bibi-Urteils setzte einen anderen Akzent, und einige seiner Minister haben die Verteidigung des Urteils unterstützt. Es muss sich allerdings zeigen, wie weit seine Option reicht, und wie lange sie fort dauern kann.

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Theodor Rathgeber

Zur Autorin



Madiha Afzal arbeitet am Brookings-Institut in Washington zu den Bereichen Außenpolitik, globale Wirtschaft und Entwicklung.

Literaturhinweis

Madiha Afzal: *Pakistan Under Siege. Extremism, Society, and the State*. Brookings Institution Press, Washington, 2018.

Textthinweis

Der Artikel im englischen Original vom November 2018 mit dem Titel *Imran Khan and Pakistan's Hardliners* ist abrufbar via https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2018/11/07/imran-khan-and-pakistans-hardliners/?utm_campaign=Foreign%20Policy&utm_source=hs_email&utm_medium=email&utm_content=67385078.

Endnoten

¹ Eine Entscheidung, die der *Supreme Court* im Januar 2019 bestätigte; Anm. der Redaktion.

² Asia Bibi lebt mittlerweile in Kanada; Anm. der Redaktion.

³ Vergleichbar dem deutschen Wendehals; Anm. der Redaktion.